

TTIP Q&A – EU/USA Handelsabkommen ausgezogen



1. Wofür steht TTIP und worum geht es?
2. Worauf liegt der Fokus der Verhandlungen?
3. Wann wird das Abkommen abgeschlossen?
4. Welche Risiken bestehen mit TTIP für uns Menschen und unsere Umwelt?
5. Was ist ISDS und welche Gefahren birgt es?
6. Ist das neue Investment Court System der Kommission besser als ISDS?
7. Können wir darauf vertrauen, dass die Europäische Kommission die Umweltstandards der EU nicht senken wird?
8. Was wären die ökonomischen Vorteile eines umfassenden Handelsabkommens zwischen der EU und den USA?
9. Handelt die Kommission so transparent wie man es bei komplexen und heiklen Verhandlungen erwarten kann?
10. Was ist Greenpeace's Alternative zu TTIP?
11. Besteht der öffentliche Widerstand gegen TTIP aus einer radikalen europäischen Minderheit?
12. Die Opposition gegen TTIP könnte den Abschluss nach hinten verschieben, aber ist ein Abkommen unvermeidbar?
13. Was würde passieren wenn sich die EU und die USA nicht auf ein Abkommen einigen könnten?
14. Wenn TTIP schlechte Nachrichten für die EU bedeutet, ist es gut für die USA?
15. Was bedeutet Regulatorische Kooperation und warum birgt sie Gefahren?
16. Was ist CETA und warum ist Greenpeace dagegen?
17. Ist Greenpeace gegen Handel?
18. Die Anhebung der Luftverschmutzungsstandards der USA führte zur Aufdeckung des Emissions-Betrugs von Volkswagen. Ist das nicht ein perfektes Beispiel dafür, dass Europäer keine Angst vor TTIP haben sollten?
19. Ein Auto, das in der EU verkauft wird kann nicht in den USA verkauft werden ohne erhebliche technische Änderungen zu durchlaufen, um verschiedenen technischen Bedingungen zu entsprechen. Warum sollten Europäer und Amerikaner nicht die gleichen Autos fahren?
20. Was ist falsch daran Hühner in einem Chlor-Bad zu säubern?
21. Amerikaner erzeugen und konsumieren seit Jahren gentechnisch veränderte Nutzpflanzen. Warum will Greenpeace keine GMOs in Europa?
22. Welche Auswirkungen hat eine TTIP Vereinbarung auf Energie Importe und Exporte der EU sowie auf erneuerbare Energien?
23. Können einzelne Sektoren von einem zukünftigen TTIP Abkommen ausgenommen werden?

1. Wofür steht TTIP und worum geht es?

TTIP steht für „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“.

Dabei handelt es sich um ein Handels- und Investitionsabkommen, das die EU-Kommission seit 2013 mit den USA verhandelt. TTIP würde die größte Freihandelszone der Welt schaffen und damit das größte Handelsabkommen weltweit werden. Mit einer Freihandelszone möchten die USA und Europa wirtschaftlich und politisch enger zusammenarbeiten, Hürden bei Handel und Zöllen reduzieren und weltweit die Standards setzen. Beide Kontinente bilden einen gemeinsamen Wirtschaftsraum der etwa die Hälfte des Bruttowelthandels und fast ein Drittel der Welthandelsströme ausmacht. TTIP würde so ziemlich jeden Wirtschaftssektor betreffen, von der Landwirtschaft zur Textilindustrie, von Dienstleistungen bis zur IT-Industrie. Auf Grund massiven Widerstands Frankreichs ist vorerst immerhin die Film- und Musikindustrie aus dem Vertrag ausgeschlossen. Es besteht aber jederzeit die Möglichkeit zur Wiederaufnahme. Frankreich befürchtet vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit und möchte die französische Sprache, die eigenen Kulturinstitutionen vor der Dominanz riesiger US Musik- und Filmindustrie schützen.

Das Gesundheitswesen und die Arbeitsbedingungen sind schon ins Fadenkreuz der Verhandlungen geraten, genauso wie Regulierungen am Finanzmarkt und der Umweltschutz. Mit TTIP könnten jeweils ausländische Investoren künftig gegen neue Umwelt- oder Sozialgesetze klagen, wenn sie ihr Geschäftsmodell bedroht sehen. [Staaten könnten auf Schadensersatz verklagt werden](#), sobald sich Unternehmen durch die Gesetzgebung diskriminiert fühlen. Das TTIP Abkommen könnte zu Arbeitsplatzverlusten, einem geringeren Wohlstandsniveau und zu Umweltzerstörung führen und damit das Leben von Millionen von Menschen auf beiden Seiten des Atlantiks negativ beeinflussen [Siehe Fragen 4, 8 und 14].

2. Worauf liegt der Fokus der Verhandlungen?

Der Fokus der Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Kommission, die im Namen der Europäischen Union verhandelt, liegt auf der Abschaffung der so genannten „Handelsbarrieren“. Die meisten Handelsbarrieren, wie hohe Zölle auf Importgüter, wurden schon Jahrzehnte zuvor mittels Abkommen der Welthandelsorganisation abgeschafft. Tatsächlich betragen Zölle zwischen der EU und den USA im Durchschnitt [unter 3%](#). Also liegt das Hauptaugenmerk des Abkommens auf der Harmonisierung von Regeln und Vorschriften und in der Beseitigung von sogenannten Nicht-tarifären Handelshemmnissen. Das sind beispielsweise unterschiedliche Standards bei Autorücklichtern oder der Zulassung von Chemikalien aber auch Schutzstandards, die in langjähriger Auseinandersetzung für Verbraucher, Natur und Arbeitnehmer erarbeitet wurden und nun Gefahr laufen, durch TTIP angeglichen oder abgeschafft zu werden.

Regulierungen im Bereich von Medikamenten, Pestiziden oder Kraftfahrzeugen können sich in den USA und der EU stark unterscheiden. Im Allgemeinen hat die EU höhere Standards als die USA, was den Schutz von Gesundheit und Umwelt angeht. Zum Beispiel erlaubt die EU keine Importe von US-amerikanischem Fleisch, das mit Wachstumshormonen behandelt wurde, weil es mit [Krebs](#) und anderen Gesundheitsrisiken in Zusammenhang gebracht wurde. Die EU hat außerdem strengere Auflagen für Chemikalien, Pestizide und GVOs, die eine Gefahr für Umwelt und Gesundheit darstellen. Das [Landwirtschaftsministerium der USA](#), [US-amerikanische Pestizid-Konzerne](#) sowie US-amerikanische [Produzenten von Fleisch](#) und [Nutzpflanzen](#) sehen diese Standards als Handelshemmnisse.

3. Wann wird das Abkommen abgeschlossen?

Die Verhandlungen haben vor über zweieinhalb Jahren begonnen. Verhandlungsführer der EU und der USA wollen den Hauptteil der Verhandlungen vor den US-Präsidentenwahlen im November 2016 abschließen. Sie befürchten, dass eine neue US-Regierung Bemühungen das Abkommen durchzubringen maßgeblich beeinflussen könnten, da mehrere Präsidentschaftskandidaten – Hillary Clinton, Bernie San-

ders und Donald Trump – schon Bedenken gegen TTIP geäußert haben. Wenn man die Menge an ungelösten Themenblöcken sieht, ist es unwahrscheinlich, dass ein endgültiges Abkommen noch vor 2017 beschlossen wird. Es könnte allerdings sein, dass ein sogenannte Rahmenvereinbarung oder ein TTIP Light noch Abgeschlossen wird, um die Wirtschaft zu besänftigen und auch zukünftige Regierungen zu binden.

4. Welche Risiken bestehen mit TTIP für uns Menschen und unsere Umwelt?

In europäischen Ländern gilt das sogenannte Vorsorgeprinzip. So muss ein Unternehmen in Europa nachweisen, dass seine Produkte unbedenklich sind, um sie vermarkten zu dürfen. In den USA dagegen muss einem Produkt seine schädliche Wirkung zweifelsfrei nachgewiesen werden, bevor der Verkauf verboten werden kann. Dadurch gibt es in Europa relativ gute Schutzmechanismen, um die Bevölkerung und die Natur vor Gefahren wie giftiger Verunreinigungen oder chemischer Verschmutzung zu bewahren. In manchen Fällen hat die EU andere Länder inspiriert ihre Standards zu verbessern. TTIP zielt darauf ab, die Standards in der EU und den USA so weit wie möglich zu vereinheitlichen. Dabei ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Regularien in den USA auf das viel höhere Niveau der EU angehoben werden.

Durch eine Angleichung europäischer Regeln und Vorschriften an die der USA, durch den Investorenschutz und die geplante verpflichtende gegenseitige Konsultation bei künftigen Gesetzesvorhaben würde TTIP de facto das Recht von Regierungen untergraben, Regularien zu erlassen oder zu verschärfen, die im öffentlichen Interesse stehen. Es würde außerdem multinationalen Konzernen die Möglichkeit geben, die jeweils niedrigeren Standards auszusuchen. Im Folgenden werden einige Bereiche abgebildet, in denen das TTIP eine massive Gefahr für die Umwelt darstellt.

Klima und Energie

TTIP Unterhändler haben schon folgende EU Gesetze als „[technical barriers to trade](#)“ (technische Handelshemmnisse) aufgelistet: Energie-Effizienz-Kennzeichnung; Treibstoffeffizienz-Standards für Autos; Nachhaltige öffentliche Beschaffungs-Richtlinie; Regulierung von unkonventioneller Förderung fossiler Brennstoffe, inklusive Schiefergas und Teersande; Nachhaltigkeitsstandards für Bio-Energie; und das Verbot von klimafeindlichen F-Gasen in Kühl- und Gefrierschränken.

TTIP würde auf die Bemühungen europäischer Gesetzgebungen einwirken und Klimawandel fördern und erneuerbare Energien sowie Entwicklungen zur Energieeffizienz untergraben. Ein Abkommen würde außerdem Importe und Exporte von fossilen Brennstoffen wie Schiefergas durch Fracking oder Öl aus Teersanden anregen, während saubere Energieproduktion für Kommunen und Vereine als unfairer Wettbewerb und Handelshemmnis angesehen würde.

TTIP könnte es zum Beispiel fast unmöglich machen, ein bekanntes Schlupfloch in der EU Gesetzgebung zu Kraftfahrzeugs Emissionen zu schließen, wonach [Emissionen auf der Straße](#) viel höher sein können, als von den Autoherstellern angegeben. Selbst wenn man Emissionen aus der Verwendung auf der Straße oder deren Produktion ausschließt, könnte der Anstieg im transatlantischen Handel von Autos durch TTIP alleine durch das Verschiffen der Fahrzeuge über den Atlantik zusätzlich [900.000 Tonnen CO₂ Emissionen](#) generieren.

Chemikalien

Mit den REACH-Richtlinien verfolgt die EU die strengste Chemikalien Regulierung weltweit. Durch REACH müssen Firmen, die eine Chemikalie auf den EU-Markt bringen wollen beweisen, dass diese sicher ist. Die [Chemieindustrie beklagt](#), dass die REACH Richtlinie oder die Verordnung über Pestizide das größte Handelshemmnis für US Produzenten darstellt. Denn im Vergleich zu Europa gelten in den USA alle Chemikalien als sicher, bis das Gegenteil bewiesen wurde. Die EU hat Verbote über tausende von Chemikalien in Reinigungsprodukten, Kosmetika, Farben, Kleidung, und elektronischen Geräten verhängt, die schädlich für Umwelt und Gesundheit sind. Die USA reguliert dahingehend sehr viel laxer und hat nur eine Handvoll Chemikalien verboten.

Die USA will die strenge REACH-Verordnung abschaffen und verhindern, dass die EU eine neue Kategorie von hormonell wirksamen Chemikalien ([Endokrine Disruptoren](#)) einführt und verbietet. Nach dieser neuen Kategorie dürfen Chemikalien nicht mehr verkauft werden, die Fortpflanzungsstörungen auslösen könnten und vor allem für Kinder schädlich sind. Trotz eindeutigen Nachweis von Schädlichkeit wurde die Regulierung zum wiederholten Male verschoben. Mehrere EU-Länder haben die Kommission für ihre Untätigkeit kritisiert.

Lebensmittel, Pestizide und GM Nutzpflanzen

Eine der fundamentalen Gefahren, die TTIP für Europa birgt ist, dass die Beweislast, ob ein Produkt sicher ist oder nicht, auf Behörden oder Geschädigte fallen würde, anstatt auf diejenigen, die das Produkt in Verkehr bringen und verkaufen wollen. Diese Regelung in den USA erlaubt Konzernen umstrittene Produkte an Verbraucher zu verkaufen, obwohl diese von der Wissenschaft mit Krebs oder anderen Krankheiten in Verbindung gebracht werden, gegenwärtig jedoch noch kein 100-prozentiger Konsens über die Schädlichkeit besteht. Dabei ist diese Beweislast, dass genau ein Produkt bestimmte Krankheiten auslöst, eine für viele Stoffe sehr schwer einlösbare Forderung: Teilweise macht das Zusammenwirken von verschiedenen Stoffen / Chemikalien erst die Gefährdung aus. Mit der Einführung von TTIP dürfen die Unternehmen aus den USA ihre Waren und Produkte auch auf dem EU-Markt vertreiben. Was dabei verboten bleibt oder wie eventuell gekennzeichnet werden muss, ist noch offen. TTIP würde es sehr schwer machen, das Vorsorgeprinzip anzuwenden, um die öffentliche Gesundheit und die Umwelt zu schützen.

TTIP könnte in der Tat viel mehr Lebensmittel nach Europa bringen, die mit gentechnisch veränderten Organismen hergestellt sind und die EU Gesetzgebung bezüglich Lebensmittelkennzeichnung untergraben. [Biotechnologie Konzerne](#) aus den USA starten momentan eine Lobbying-Offensive, um ihre Produkte auch in der Europäischen Union möglichst ungehindert vermarkten zu können. In den geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) sehen die Konzerne nun eine Chance, die bisherigen Kennzeichnungs- und Zulassungsregeln innerhalb der EU aufzuweichen oder außer Kraft zu setzen. Mit TTIP könnten Europäer und Europäerinnen bald Gemüse und Obst mit viel höheren Pestizidrückständen, Schweine- und Rindfleisch, das mit Wachstumsbeschleunigern oder Hormonen behandelt wurde oder Hühnchen, die in Chlor gebadet wurden, essen müssen. Außerdem hat TTIP Auswirkungen auf den Tierschutz, für den es in den USA zu weiten Teilen weniger strenge Regulierungen gibt.

Ein weiterer besorgniserregender Punkt ist die Verwendung von Antibiotika an Nutztieren. Diese Vorgehensweise ist in der Nutztierhaltung auf beiden Seiten des Atlantiks üblich, jedoch in den USA viel verbreiteter. Antibiotikaresistenzen des Menschen entstehen maßgeblich aufgrund dieser Praxis. Neben diesen konkreten Belastungen und Gefährdungen bedeuten mehr Gentechnik oder Wachstumsbeschleuniger in der Landwirtschaft sowie niedrigere Lohnkosten auch weitaus niedrigere Produktionskosten. Die Folge könnte eine Pleitewelle der hiesigen Bauernschaft wie auch eine Erhöhung des Preisdrucks sein.

5. Was ist ISDS und welche Gefahren birgt es?

ISDS steht für „Investor-State Dispute Settlement“, ein Streitschlichtverfahren zwischen Investoren und Staaten. Falls es in das Abkommen integriert wird, würde es ausländischen Investoren erlauben [souveräne Staatsregierungen zu verklagen](#), wenn sie befürchten, dass ihre Investitionen von Verordnungen oder Gesetzen des Landes beeinträchtigt wurden. Die unterschiedlichen Rechtsfragen würden nicht von nationalen Gerichten gehört werden, sondern von speziellen Gerichten, die mit privaten Anwälten besetzt wären. Es gäbe kein Berufungsrecht und nur minimale Beaufsichtigung. Dennoch wäre die Entscheidung des Gerichtes auf nationaler Ebene rechtlich einklagbar. Nationale sowie europäische Gerichte könnten umgangen werden und ISDS so ein abgesondertes und privilegiertes juristisches System schaffen, um finanzielle Interessen von Konzernen zu schützen.

2015 hat Obama, als Maßnahme gegen den Klimawandel vorzugehen, entschieden den Bau der Keystone Pipeline zu stoppen, die Öl aus Teersanden (einer der umweltbelastenden Brennstoffen weltweit) aus Kanada in die USA hätte transportieren sollen. Der diese Pipeline planende Konzern TransCanada hat die US Regierung vor einem [ISDS Schiedsgericht](#) angeklagt und verlangt nun 15 Mrd. US Dollar Schadenersatz für entgangene Gewinne. Das ist möglich, weil unter dem Namen NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) 1994 ein ähnliches Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko abgeschlossen wurde. In Europa hat der schwedische Energiekonzern [Vattenfall Deutschland](#) unter dem Vertrag über die Energiecharta (ein internationale Abkommen, das Investitionen in der Energiebranche schützt), wegen der Entscheidung aus der Atomenergie auszusteigen, auf einen Schadenersatz von mehr als 4,6 Mrd. Euro verklagt.

6. Ist das neue Investment Court System der Kommission besser als ISDS?

Nicht wirklich. Die europäische Kommission hat versucht etwas zu verbessern, das nicht in Ordnung gebracht werden kann. Das ICS ([Investment Court System](#)) erschafft ein paralleles juristisches System ausschließlich für ausländische Investoren, um nationale Gerichte und nationales Recht zu umgehen. Im Grunde genommen ist das neue System ISDS sehr ähnlich.

Der Vorschlag der Kommission versäumt außerdem viele der fundamentalen Befürchtungen des Europäischen Parlaments zu thematisieren. In deren [Beschluss vom 8. Juli 2015](#) heißt es, dass es „das ISDS System mit einem neuen System zur Beilegung von Streitfällen zwischen Investoren und Staaten ersetzen will“.

Das ICS erlaubt ausländischen Investoren, europäische Staaten zu verklagen, wenn sie der Ansicht sind, dass Gesetze oder sonstige Maßnahmen der EU ihren erwarteten Gewinn und Investitionen schmälern. Das ICS Gericht ist kein echtes Gericht und die Richter sind keine echten unabhängigen Richter. Die Richter sind den Gerichten nicht permanent zugeteilt und können weiterhin als Juristen für private Klienten arbeiten, was fundamentale Befürchtungen auslöst, dass es hier zu Interessenskonflikten kommen könnte.

ICS missachtet außerdem demokratische Prinzipien und das Recht der Regierungen Gesetze zu erlassen und zu verstärken. Der ICS hat die Macht, einen Staat zu zwingen Investoren, für Gewinne zu kompensieren, die ihrer Meinung nach durch Regulierungen verringert wurden. Daraus könnte auch ein „indirekter Chill-Effekt“ entstehen, weil die öffentliche Hand aus Angst verklagt zu werden von Regulierungen im öffentlichen Interesse absehen könnte.

7. Können wir darauf vertrauen, dass die Europäische Kommission die Umweltstandards der EU nicht senken wird?

Es ist sehr schwer der Europäischen Kommission dahingehend zu vertrauen. Zum wiederholten Male hat sie betont, dass über Umweltstandards, Chlorhühnchen, Wachstumshormone und gentechnisch veränderte Nutzpflanzen nicht verhandelt wird. Doch selbst wenn diese Themen nicht ausdrücklich Teil der Verhandlungen sind, gibt es zwei weitere Wege, durch die das TTIP Abkommen Standards senken könnte.

Erstens: TTIP würde, wie geplant, ein Gremium zur „Regulatorischen Kooperation“ schaffen, das die Unterschiede bei Regulierungen zwischen den USA und der EU behandeln würde. Die Kommission selbst hat einen [Vorschlag](#) eingebracht, wonach beide Vertragspartner das Recht hätten bestehende sowie geplante Regulierungen in Frage zu stellen. Außerdem würde durch TTIP ein „Joint Ministerial Body“ entstehen, der [eigenmächtig Teile des Abkommens ändern](#) könnte, ohne dass dafür irgendeine Form der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente oder des US-amerikanischen Kongresses notwendig wäre. Die Einführung der zwei Gremien unter TTIP könnte bedeuten, dass Umweltstandards auch nach Abschluss des Abkommens geändert werden könnten. Diese Entscheidungen wären auch ohne parlamentarische Beteiligung völkerrechtlich bindend.

Zweitens: die Etablierung von [speziellen Gerichten](#) unter TTIP – ISDS oder ICS [siehe Fragen 5 und 6] – würde es ermöglichen Umweltstandards in Frage zu stellen, womit es keine Garantie für die Integrität der Regulierungen gäbe. Ausländische Investoren könnten durch diese Gerichte demokratische Regierungen wegen Handelshemmnissen, die ihrer Meinung nach unfair sind, verklagen.

8. Was wären die ökonomischen Vorteile eines umfassenden Handelsabkommens zwischen der EU und den USA?

In Wahrheit weiß das niemand wirklich. Ökonomische Gewinne wurden vor ziemlich jedem Handelsabkommen stark übertrieben. In vielen Fällen führen Handelsabkommen zu einem Verlust von Arbeitsplätzen. Durch das Handelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko, gingen zum Beispiel [eine Million Arbeitsplätze](#) verloren. Auch wegen TTIP könnten in den USA und der EU [mindestens eine Million Menschen](#) ihren Job verlieren. Für alle Länder außerhalb des TTIP Abkommens, würde sich der Marktzugang zu den EU Staaten und den USA erschweren. Die ausgegrenzten Länder müssten sich den von der dann größten Wirtschaftszone der Welt geforderten Standards anpassen.

Es wurden schon viele Studien zu den potentiellen Auswirkungen von TTIP auf die Wirtschaft veröffentlicht. Eine [optimistische Prognose](#), die von der Europäischen Kommission beauftragt wurde besagt, dass ein „ambitioniertes und umfassendes“ TTIP Abkommen nach 10 Jahren einen ökonomischen Gewinn von € 119 Milliarden für die EU und € 95 Milliarden für die USA einbringen würde. Das wären € 11,9 Milliarden im Jahr oder € 54,5 für jede europäische Familie. Der jährliche BIP Wachstum würde 0,05 % betragen. Sogar diese mageren Zahlen basieren auf einem [rosigen Ergebnis](#) für die europäische Wirtschaft. Es existieren verschiedene empirische und ökonomische Analysen zu den positiven Auswirkungen von TTIP – über tatsächliche Folgen, lässt sich aus Sicht von Ökonomen jedoch lediglich spekulieren.

Was mit größerer Sicherheit gesagt werden kann ist, dass TTIP eine maßgebliche Bedrohung für das Wohlstandsniveau sowie die Umwelt darstellt. Diesen Standards den Rücken zu kehren, würde beträchtliche soziale wie ökonomische Kosten mit sich bringen. Sicher ist das durch TTIP mehr CO₂ Emissionen durch vermehrten Verkehr entstehen würden und Frackinggas und -öl aus den USA nach Europa gelangen würde. Das bedeutet mehr Umweltzerstörung bei der Produktion und längere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern.

9. Handelt die Kommission so transparent wie man es bei komplexen und heiklen Verhandlungen erwarten kann?

Die Kommission hätte viele Möglichkeiten Transparenz zu schaffen. Die Geheimhaltung der Kommission über die TTIP Verhandlungen, kritisiert u. a. auch der [Europäischen Ombudsmann](#) und verlangt die Verhandlungen über TTIP offenzulegen. Obwohl manche [EU Dokumente](#) mittlerweile zugänglich sind, sind sie zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung oftmals nicht mehr aktuell. Unterhändler der USA geben nahezu nichts preis. Fertig verhandelte Texte werden bislang nicht veröffentlicht. Das heißt konkret, dass selbst wenn ein guter Vorschlag der EU öffentlich gemacht wird, dieser nicht unbedingt im abgeschlossenen Vertrag umgesetzt werden muss. Wie der aktuelle Stand der Verhandlungen aussieht, soll nicht bekannt werden.

Selbst [Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) und nationale Parlamentarier haben nur stark limitierten Zugang zu konsolidierten Verhandlungstexten, in speziell dafür eingerichteten Leseräumen. Alle Verhandlungsrunden finden hinter verschlossenen Türen statt und gemeinsame Pressekonferenzen der EU und der USA entbehren jeglichen Inhalts. Auch Beratungsgespräche mit der Zivilgesellschaft sowie Stakeholder-Treffen sind nicht viel mehr als inhaltslose Formalitäten.

Jegliche Verbesserung der Transparenz muss zumindest folgende Prinzipien erfüllen: Umfassenderer öffentlicher Zugang zu den EU und US- Verhandlungstexten; mehr aktive Offenlegung von Dokumenten; transparentere und ausgewogenere öffentliche Beteiligung am Verhandlungsprozess.

10. Was ist Greenpeace's Alternative zu TTIP?

TTIP kann nicht in Ordnung gebracht werden, solange der vorherrschende Gedanke die Liberalisierung von Investitionen und Handel um jeden Preis darstellt. Wir sollten uns die Frage stellen, was TTIP über unsere gesellschaftlichen Werte aussagt. Handel wird über die eigentlichen Werte und Ziele der EU und ihren Mitgliedsstaaten gestellt. Dieser Ansatz führt nicht zu nachhaltigem Wohlstand, mit [stabiler Beschäftigungslage, geringerer Armut und Umweltschutz](#).

Das Welthandelsregime sollte auf nachhaltige Entwicklung setzen. Um das zu erreichen, sollten internationale Handelsgesetze das Wohlergehen der Umwelt sowie der Menschen fördern. Ein umgestaltetes Handelssystem sollte die Rahmenbedingungen für Frieden, Sicherheit und Stabilität und Solidarität setzen und dabei öffentliche Interessen vor Bedrohungen der Gesundheit, der Umwelt sowie der Menschenrechte schützen. TTIP sollte demokratisch sein und multinationalen Konzernen keine privilegierte Behandlung verschaffen, sondern ihre Rechenschaftspflicht, durch von allem gleich einklagbaren Schutz von Menschenrechten und Umwelt, sicherstellen.

11. Besteht der öffentliche Widerstand gegen TTIP aus einer radikalen europäischen Minderheit?

EU-Meinungsumfragen zeigen einen deutlichen Anstieg der Ablehnung gegen TTIP. Hingegen Befürworter und Unterstützer für das Abkommen rückläufig sind, wie die aktuellste [Umfrage der Europäischen Kommission](#) angibt. Mit 3,3 Millionen Unterschriften gegen TTIP in allen 28 EU Mitgliedsstaaten, mobilisiert eine selbstorganisatorische europäische Bürgerinitiative die höchste Anzahl an Gegnern. Die Demonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin mit 250.000 TeilnehmerInnen aus allen Kreisen der Bevölkerung und die Initiative gegen TTIP von bislang schon mehr als 2500 klein- und mittelständischen Unternehmen zeigen, dass es sich nicht um radikale Minderheiten sondern um einen großen Teil der Bevölkerung handelt der TTIP ablehnt.

Das europäische Unternehmertum ist alles andere als geschlossen, was die Unterstützung des Abkommens angeht. Eine wachsende Anzahl an kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) schließen [Koalitionen gegen TTIP](#) und erheben in [Deutschland](#), [Österreich](#) und dem [Vereinigten Königreich](#) Bedenken, dass TTIP KMUs diskriminieren würde. Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes Mittelständischer Wirtschaft, kritisiert das kontrovers diskutierte [ISDS](#) System, da ausländische Investoren die Möglichkeit geboten wird Regierungen zu verklagen, wenn sie befürchten, dass ihre Investitionen durch Regulierung beschränkt würden. Nach Ohoven diskriminiert ISDS unfairerweise kleine Unternehmen.

Auch der [deutsche Richterbund](#) hat „schwere Bedenken“, ob die EU das Recht habe einen Investitionsgerichtshof zu installieren. Die Richter sind der Meinung, dass spezielle Gerichte, die Firmen erlauben würden Regierungen zu verklagen, unnötig wären und zudem jegliche „Rechtsgrundlage vermissen“ lassen würden.

Auch in den USA sinkt die Unterstützung für TTIP, obwohl sich der Großteil der Opposition auf das Handelsabkommen zwischen den USA und Pazifikländern, namens TPP (die Verhandlungen sind abgeschlossen, das Abkommen aber noch nicht ratifiziert) konzentriert. US-Präsidentschaftskandidaten und Kandidaten Hillary Clinton, Bernie Sanders und Donald Trump haben Bedenken gegen TTIP ausgesprochen, genauso wie Nobelpreisträger und Ökonomen [Joseph Stiglitz](#) und [Paul Krugman](#) und der führende Freihandels- und Globalisierungs-Befürworter Jagdish Bhagwati. Auch die „[National Caucus of State Legislators](#)“ haben sich von TTIP und TPP alarmiert gezeigt und in einem offenen Brief an die Parteispitzen des US Kongresses geschrieben, dass sie „zutiefst beunruhigt über die öffentlichen Gutachten zu potentiellen Vorschriften im TTP und TTIP Abkommen, die den [Umweltschutz] untergraben würden,“ sind. Die ALF-CIO, der Schirmverband der US-amerikanischen Gewerkschaften, hat eine Liste [der roten Linien](#) zu TTIP erstellt und sagt: „Wir können kein Freihandelsabkommen unterstützen, das nicht ausgewogen ist,

die Schaffung guter Arbeitsplätze stimuliert, die Rechte und Interessen der Arbeiterschaft schützt und eine gesunde Umwelt fördert.“

12. Eine Opposition gegen TTIP könnte den Abschluss nach hinten verschieben, aber ist ein Abkommen unvermeidbar?

Ganz und gar nicht. Es gibt mehrere Gründe, warum es erst gar nicht zu einem Abkommen kommen könnte:

Erstens ist TTIP nicht der erste Versuch ein Abkommen abzuschließen: Konzerne drängen schon [seit den 1990er](#) Jahren auf einen Vertrag und vorhergehende Versuche der USA und Europa, eine [Handels-](#) oder [Investitionspartnerschaft](#) einzurichten, wurden nie abgeschlossen.

Zweitens sind die EU und die USA in einem komplexen Netz von Handelsabkommen verstrickt, deren Regelungen miteinander in Konflikt stehen und unterschiedliche Zeithorizonte betreffen. Die USA hat gerade TTP (Trans Pacific Partnership) unterzeichnet, während sich die EU und Kanada in der Finalisierungsphase von CETA befinden. Kanada ist außerdem an TPP beteiligt. TPP und CETA sind ausverhandelt, aber noch nicht ratifiziert. Beide Abkommen beinhalten kontroverse Rechtssysteme wie ISDS und ICS, das ausländischen Investoren erlaubt [Regierungen anzuklagen](#), wenn sie der Meinung sind, ihre Investitionen wurden unfairerweise durch Regulierungen eingeschränkt. Was TTIP angeht, unterstützt die EU ein alternatives System namens ICS (Investment Court System), das allerdings dieselben Befürchtungen aufwirft. Damit hätten kanadische Investoren, aber auch US Amerikanische Firmen mit Filialen in Kanada unterschiedliche Mechanismen in den verschiedenen Abkommen zur Verfügung. Bis jetzt hat die [USA ICS abgelehnt](#). Das Europäische Parlament, das das Abkommen unterzeichnen muss, hat hingegen eine Alternative zu ISDS [gefordert](#).

Drittens könnte die bloße Komplexität der gesamten Handelsthematik sowie die Sensibilität mancher Themen, die unter TTIP verhandelt werden, die Chancen eines Deals durchkreuzen. Manche dieser Themen betreffen die Behandlung von Lebensmitteln, die in der EU speziellen Schutz genießen und protektionistische Regulierungen des amerikanischen Auftragswesens (unter dem Buy American Act).

13. Was würde passieren, wenn sich die EU und die USA nicht auf ein Abkommen einigen könnten?

Nicht viel. Handel und Investitionen zwischen der EU und den USA nehmen seit Jahrzehnten auch ohne ein bilaterales Handelsabkommen zu. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich diese Entwicklung ohne TTIP nicht fortsetzen würde, wobei Umwelt, Gesundheits- und Arbeiterschafts- Standards weiterhin der Souveränität der jeweiligen Staaten unterliegen würden. Nichtsdestotrotz werden manche multinationalen Konzerne verärgert sein, da TTIP ihre Macht und ihren Einfluss auf Regierungen und Bürger signifikant erhöhen würde.

14. Wenn TTIP schlechte Nachrichten für die EU bedeutet, ist es gut für die USA?

Die Europäer sind nicht die einzigen die von TTIP gefährdet sind. In manchen Fällen sind US Standards höher als in der EU. Zum Beispiel sind [Finanzmarktregulierungen](#) etwas strenger als in der EU. Die EU, vor allem aber London und die Regierung des Vereinigten Königreichs, hätten dahingehend gerne laxere Regeln. Auch manche Umweltstandards sind in den USA höher, so zum Beispiel Themen wie Verschmutzung durch Kraftfahrzeuge, toxische Chemikalien in Spielsachen oder Quecksilber / Schwermetall Emissionen aus Kohlekraftwerken.

TTIP gefährdet außerdem die Möglichkeit einzelner US Staaten unabhängig von der Landesregierung Regulierungen zu erlassen. Zum Beispiel wäre es für US Staaten schwieriger bezüglich [gesunder Lebens-](#)

[mittel und Landwirtschaft](#) regulierend einzugreifen. Außerdem könnte TTIP den [Verlust von vielen Arbeitsplätzen](#) in den USA und der EU verursachen.

15. Was bedeutet Regulatorische Kooperation und warum birgt sie Gefahren?

Hinter dem harmlos klingenden Begriff der [Regulatorischen Kooperation](#) verbergen sich die größten Gefahren für demokratische Grundsätze. Dahinter steht das Ziel: Jede Art von Handelshemmnissen abzubauen, um Kosten für Unternehmen zu verringern und Gesetze und Regulierungen in der EU und in den USA grundlegend anzupassen.

Angeblich sollen durch die Regulatorische Kooperation Regelungen und Standards zwischen der EU und der USA eigentlich nur harmonisiert werden, ohne die Schutzniveaus von Gesundheit, Umwelt oder Konsumentenrechten zu senken. Allerdings eröffnet Regulatorische Kooperation Zugang zu den Standards und Regulierungen von Konsumentenschutz und der Umwelt beider Märkte, wie aus der [TTIP Position](#) der Kommission hervorgeht. Die Folge wäre, dass Schutzstandards angepasst werden.

Unter TTIP würde eine neue Institution, der RGB (Regulatory Cooperation Body), geschaffen, der von EU und US Regulatoren besetzt wäre. Er hätte die Macht, intakte sowie zukünftige Regulierungen zu hinterfragen, ohne Parlamente, Regierungen oder die Zivilbevölkerung miteinzubeziehen. Im Fokus des RGB stehen Deregulierung und die Schaffung von gemeinsamen Standards. Laut der Transparenzinitiative Corporate Europe Observatory geht es darum, eine „[Gefahr für die demokratischen Prinzipien und unser Recht im Sinne des öffentlichen Interesses zu regulieren](#)“. Der Europäische Verbraucherverband beschreibt Regulatorische Kooperation als den [TTIP Sturm am Horizont](#).

16. Was ist CETA und warum ist Greenpeace dagegen?

Die Verhandlungen zu CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement zwischen der EU und Kanada) wurden schon 2014 abgeschlossen, allerdings ist das Abkommen noch nicht ratifiziert. CETA wird oft als Blaupause für TTIP beschrieben, aber TTIP deckt noch mehr Sektoren ab und wird tiefgreifendere Veränderungen zulassen als das Abkommen mit Kanada.

Die größten Bedenken bestehen darin, dass CETA eine Art „Trojanisches Pferd“ für TTIP sein könnte. Damit besteht die Möglichkeit für US-Konzerne die EU-Staaten zu verklagen. Denn in CETA sind ebenfalls die umstrittenen Schiedsgerichtsverfahren vorgesehen. Diese erlauben ausländischen Investoren [souveräne Regierungen zu verklagen](#), wenn sie vermuten, dass ihre Investitionen durch Regulierungen zum Schutz der Umwelt oder der öffentlichen Gesundheit behindert worden sind. Schiedsgerichte würde ein eigenständiges, privilegiertes Rechtssystem schaffen, um finanzielle Interessen von Investoren zu schützen. Jedes US-amerikanische Unternehmen mit einer nationalen Hauptverwaltung in Kanada könnte diese nutzen, um eine europäische Regierung anzuklagen, obwohl ähnliche Mechanismen ansonsten ausgeschlossen sind.

Auch CETA selbst ist eine Gefahr, vor allem in Bezug auf Lebensmittel und Landwirtschaft. Laut einer Studie von TestBiotech könnte das Abkommen [gentechnisch manipulierten Organismen die Tore zu Europa öffnen](#) und es damit unmöglich für die EU machen, existierende Lebensmittelsicherheitsstandards aufrecht zu erhalten. In seiner jetzigen Form, enthält CETA keine wirkliche Berücksichtigung der Entscheidungsfreiheit von Konsumenten oder Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt.

17. Ist Greenpeace gegen Handel?

Nein. Unnötige Handelsbarrieren abzuschaffen, ist noch kein Problem. Doch wenn Handelshemmnisse dabei helfen sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, erneuerbare Energien oder menschenwürdige Ar-

beitsbedingungen zu garantieren, müssen sie geschützt werden. Handel sollte nicht nur gefördert werden, um multinationalen Konzernen Profite zu garantieren. Zum Beispiel ist es nicht akzeptabel Privatunternehmen spezielle Rechte einzuräumen, die bestehende Rechtssysteme umgehen und der demokratischen Souveränität völlig widersprechen. Konzerne und Investoren sollten denselben Regeln und Gerichten unterstellt sein wie alle Bürger, Bürgerinnen und Regierungen. **Handelsabkommen müssen der Gesellschaft und dem öffentlichen Interesse dienen.**

18. Die Anhebung der Luftverschmutzungsstandards der USA führte zur Aufdeckung des Emissionsbetrugs von Volkswagen. Ist das nicht ein perfektes Beispiel dafür, dass Europäer keine Angst vor TTIP haben sollten?

Was der Volkswagen Skandal verdeutlicht, ist die Tatsache, dass Automobilproduzenten vorsätzlich das US-Abgasnorm-Gesetz gebrochen haben, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa. TTIP wird nichts tun, um gegen Gesetzesbrüche und unverantwortliches Benehmen von Automobilherstellern vorzugehen. Was es im Gegenteil zur Folge haben könnte, sind niedrigere Autoemissions-Standards auf beiden Seiten des Atlantiks.

Europäer und Amerikaner sollten sich Sorgen um TTIP machen. Im Allgemeinen sind Umwelt und Gesundheitsstandards in der EU höher als in den USA. In manchen Fällen gibt es in den USA die höheren Schutzstandards, zum Beispiel bei giftigen Chemikalien in Spielsachen, Autoabgasen oder der Verschmutzung durch Schwermetalle wie Quecksilber aus Kohlekraftwerken.

19. Ein Auto, das in der EU verkauft wird, kann nicht in den USA verkauft werden ohne erhebliche technische Änderungen zu durchlaufen, um verschiedenen technischen Bedingungen zu entsprechen. Warum sollten Europäer und Amerikaner nicht die gleichen Autos fahren?

Egal ob es um die Farbe der Rücklichter oder die Montage von Sicherheitsgurten geht, es erscheint eigenartig, dass Autos in Europa und den USA so unterschiedlich aussehen. Allerdings können Unterschiede bezüglich Geschwindigkeitsbeschränkungen oder dem Straßenzustand unterschiedliche Standards rechtfertigen. Die Suche nach einer gemeinsamen regulatorischen Grundlage für Automobile in den USA und der EU ist schon seit mindestens zwei Jahrzehnten im Gange.

Ein UN Ausschuss, das [UNECE World Forum for Harmonisation of Vehicle Regulations](#) (WP.29), ist schon auf der Suche nach Wegen, um Regeln und Vorschriften zu harmonisieren. Laut Bernd Lange, dem Vorsitzenden des internationalen Handelskomitees des Europäischen Parlaments, ist nicht TTIP, sondern WP.29 das richtige Forum, um Automobilvorschriften zu diskutieren.

TTIP könnte außerdem zu einem signifikanten Anstieg von Treibhausgas Emissionen aus dem Automobilsektor führen. Das zusätzliche Verschiffen von Fahrzeugen über den Atlantik würde weitere 900.000 Tonnen an CO₂ Emissionen verursachen. Noch mehr Fahrzeuge auf die Straße zu lassen, würde außerdem die Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätssystemen verlangsamen.

20. Was ist falsch daran Hühner in einem Chlor-Bad zu säubern?

Hühnchen zu essen die mit Chemikalien gewaschen wurden, die normalerweise zur Säuberung von Toiletten verwendet werden, birgt [Gesundheitsrisiken für Konsumenten](#). Chlor ist für seine karzinogene Wirkung bekannt, die Geflügelindustrie sieht es allerdings als praktische Abkürzung. Chlorierung wird verwendet, um bei industrieller Landwirtschaft gegen [schlechte Hygiene](#) und mangelhaftes Tierwohl auf Bauernhöfen und in Schlachthöfen aufzukommen. Die Verwendung von Chemikalien in Schlachthäusern führt zu [gesundheitlichen Problemen bei Lebensmittelinspektoren](#) und Umweltschäden, die mit der [Entsorgung von chloriertem Wasser](#) zu tun haben.

[Monique Goyens](#), vom Europäischen Verbraucherverband BEUC, sagt, dass „der Grund ihrer Sorge nicht die Chemikalie selbst ist, sondern das Risiko, dass die Behandlung als „einfache Lösung“ gesehen wird, um kontaminiertes Fleisch zu säubern. Um Klarheit zu schaffen – keine chemische Dusche wird jemals jegliche Bakterien von, durch schlechte Hygienebedingungen, stark kontaminiertem Fleisch beseitigen können.“

21. Amerikaner erzeugen und konsumieren seit Jahren gentechnisch veränderte Nutzpflanzen. Warum will Greenpeace keine GMOs in Europa?

Die Lebensmittel, die wir essen, gentechnisch zu modifizieren ist ein grundsätzlich riskanter Prozess. Die US Gesetzgebung macht keine signifikante Unterscheidung zwischen gentechnisch modifizierten Organismen (GMOs) und konventioneller Landwirtschaft. Des Weiteren gibt es, im Gegensatz zu Europa, in den USA keine Gebote der Kennzeichnung von Lebensmitteln, die GMO enthalten. Das bedeutet, dass es nahezu unmöglich ist die Langzeitfolgen von GM- Lebensmitteln auf menschliche und tierische Gesundheit zu isolieren. Allerdings gibt es klare Belege der Gefahren für die Umwelt, die GM Nutzpflanzen bergen. Die Kontaminierung mit GMO ist ein grundlegendes Problem: Die Verbreitung von künstlich eingebrachten Genen, die Pflanzen gegen Pestizide resistent machen, bringt jetzt schon super-resistente Unkräuter in vielen Regionen der USA hervor.

Bis jetzt war die EU relativ abgeschirmt von diesen Auswirkungen. Der Widerstand der Öffentlichkeit ist stark, GMOs werden in der EU kaum angebaut und deren Verbreitung in der Lebensmittelkette ist mittels Sicherheitsbestimmungen reguliert. US-amerikanische Biotechnologiekonzerne, Hauptunterstützer von TTIP, haben derzeit eine Lobby-Offensive am Laufen, um sicherzustellen, dass eine [neue Form von GMOs](#) von Sicherheitsregulierungen und Kennzeichnungspflichten von GMO Nutzpflanzen ausgeschlossen werden.

22. Welche Auswirkungen hat eine TTIP Vereinbarung auf Energie Importe und Exporte der EU sowie auf erneuerbare Energien?

Auf den Handel von schmutziger Energie wird von beiden Seiten des Atlantiks gedrängt, allerdings von unterschiedlichen Akteuren. Amerikanische und kanadische Firmen haben bereits erfolgreich Gesetze über eingeschränkte EU Import von Öl aus [Teersanden](#) (einer der weltweit am meisten die Umwelt belastender Energieträger) abgeschwächt. Jetzt hofft die Europäische Kommission TTIP nutzen zu können, um Zugang zu US-amerikanischem [Schiefergas](#), das mittels umweltschädlichem Fracking gewonnen wurde, zu erhalten. Das würde Europas Abhängigkeit von fossilen Brennstoff-Importen verstärken. Nur dass diese Importe diesmal aus den USA, und nicht mehr aus den arabischen Ländern oder Russland kommen würden.

Einem [geleakten Dokument](#) der Kommission zufolge, das von der [Huffington Post](#) veröffentlicht wurde, will die EU TTIP nutzen, um die Energiemärkte der EU und der USA zu öffnen, was zum Beispiel Investitionen in die Suche nach Öl und Energieproduktion beinhalten würde. Während der Handel von fossilen Brennstoffen gefördert werden soll, würden die von der Kommission vorgesehenen Richtlinien, die Entwicklung von erneuerbaren Energien maßgeblich einschränken. Klauseln gegen „lokale Partnerschaften“ würden Bürgergruppen oder Kooperativen effektiv untersagen, Energie für lokale Gemeinden zu produzieren. Maßnahmen, um diese regionalen Initiativen „local content requirements“ zu verhindern, könnten zum Beispiel verhindern, dass eine Biogasanlage mit lokalem Müll betrieben wird.

Wenn dieser EU Vorschlag im endgültigen TTIP Abkommen übernommen wird, wäre es eventuell unmöglich Importe oder Exporte von schmutziger Energie zu regulieren, während saubere Energie Produktion von lokalen Produzenten, Gemeinden und Vereinen als Handelshemmnis angesehen werden könnte.

23. Können einzelne Sektoren von einem zukünftigen TTIP Abkommen ausgenommen werden?

Laut den [Regeln der Welthandelsorganisation](#) (WTO) muss ein Handelsabkommen „im Wesentlichen den ganzen Handel“ zwischen den Handelspartnern abdecken. Allerdings hat die Nichteinhaltung dieser Regel noch nie zu einem WTO Konflikt geführt. Die Exklusion der Film- und Musikindustrie aus den TTIP Verhandlungen, wie von der französischen Regierung gefordert wurde, zeigt, dass es möglich ist gewisse Sektoren zu schützen, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

Das Europäische Parlament fordert in seinem [Beschluss vom 8. Juli 2015](#) die Europäische Kommission auf, nicht „in Dingen, wo die EU und die USA sehr unterschiedliche Regelungen, wie das öffentliche Gesundheitswesen, [genetisch modifizierten Organismen], die Verwendung von Hormonen in der Rindfleischproduktion, [den REACH Regulierungen von Chemikalien] und ihre Umsetzung, und dem Klonen von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke“ zu verhandeln. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern außerdem den Ausschluss von [Landwirtschaft](#) und [Chemikalien](#) aus den Verhandlungen.

Kontakt: Greenpeace Deutschland, 040 306180, presse@greenpeace.de

